



Fachbereich WD 5

Wirtschaftspolitische Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten in Reaktion auf die Krise in Nahost

Wirtschaftspolitische Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten in Reaktion auf die Krise in Nahost

Aktenzeichen: WD 5 - 3000 - 042/26
Abschluss der Arbeit: 22. Mai 2026
Fachbereich: WD 5: Wirtschaft, Energie und Klima

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einführung und Überblick	4
2.	Wirtschaftspolitische Empfehlungen supra- und internationaler Organisationen	4
2.1.	Europäische Kommission	4
2.2.	OECD	5
2.3.	IWF	5
3.	Wirtschaftspolitische Maßnahmen in den EU-Mitgliedstaaten	6
3.1.	Belgien	6
3.2.	Bulgarien	8
3.3.	Dänemark	9
3.4.	Deutschland	9
3.5.	Estland	10
3.6.	Finnland	10
3.7.	Frankreich	10
3.8.	Griechenland	10
3.9.	Irland	11
3.10.	Italien	11
3.11.	Kroatien	13
3.12.	Lettland	14
3.13.	Litauen	14
3.14.	Luxemburg	14
3.15.	Malta	15
3.16.	Niederlande	15
3.17.	Österreich	15
3.18.	Polen	16
3.19.	Portugal	16
3.20.	Rumänien	17
3.21.	Schweden	17
3.22.	Slowakei	18
3.23.	Slowenien	18
3.24.	Spanien	19
3.25.	Tschechien	20
3.26.	Ungarn	20
3.27.	Zypern	21
3.28.	Tabellarische Zusammenfassung der Maßnahmen in den EU-Mitgliedstaaten	22
4.	Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	23

1. Einführung und Überblick

Infolge des Krieges im Iran am 28. Februar 2026 setzte ein starker Anstieg des Weltmarktpreises für Öl und infolgedessen der Kraftstoffpreise ein.¹ So lagen die durchschnittlichen Preise (inkl. Steuern) in Deutschland Anfang 2026 für Diesel und Benzin bei 1,68 bzw. 1,78 EUR/l. Bis zum 6. April 2026 stieg der durchschnittliche Preis für Diesel um rd. 76 Ct/l (plus 45%) und jener von Benzin um 46 Ct/l (plus 26%). Im europäischen Durchschnitt stiegen die Preise (inkl. Steuern) im gleichen Zeitraum für Diesel um 57 Ct/l (plus 37%) und für Benzin um 28 Ct/l (plus 18%).²

Zahlreiche EU-Mitgliedstaaten haben vor diesem Hintergrund wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen, insbesondere, um den Anstieg der Kraftstoffpreise zu begrenzen oder abzumildern. Diese Maßnahmen werden in Abschnitt 3 dieses Sachstands im Einzelnen dargestellt und in Abschnitt 3.28. tabellarisch zusammengefasst. Dabei werden auch – wie im Falle Belgiens – Maßnahmen dargestellt, die auf frühere Energiepreisschocks zurückgehen. Zuvor werden in Abschnitt 2 die entsprechenden wirtschaftspolitischen Empfehlungen der Europäischen Kommission (KOM), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) skizziert. Abschnitt 4 fasst die wesentlichen Ergebnisse zusammen.

2. Wirtschaftspolitische Empfehlungen supra- und internationaler Organisationen

2.1. Europäische Kommission

Gemäß eines Informationspapiers der Euro-Gruppe vom 26. März 2026 besteht für die Europäische Kommission (KOM) eine wichtige Lehre aus der Energiekrise der Jahre 2022/2023 darin, dass viele der damaligen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu breit angelegt und nicht zielgerichtet gewesen seien. Dies habe zu Ineffizienzen und hohen fiskalischen Kosten geführt. Vor diesem Hintergrund sei es entscheidend, dass politische Maßnahmen

- mit der Notwendigkeit der Dekarbonisierung des Energiesystems im Einklang stünden. Maßnahmen sollten Anreize zum Energiesparen und zu Investitionen in kohlenstoffarme Energie enthalten sowie die Elektrifizierung fördern. Etwaige Unterstützungen dürften keine kohlenstoffintensiven Verhaltensweisen zementieren oder veraltete, auf fossilen Brennstoffen basierende Geschäftsmodelle verlängern.
- auf einkommensschwache Haushalte und stark betroffene Branchen einschließlich energieintensive Industrien ausgerichtet seien
- die Gesamtnachfrage nach Gas und Öl nicht unangemessen erhöhten
- zeitlich befristet seien
- die fiskalischen Kosten minimierten.³

1 Vgl. Deutscher Bundestag (2026): [Straße von Hormus – Globale wirtschaftliche Bedeutung](#)

2 Vgl. – auch im Folgenden – KOM (2026), [Weekly Oil Bulletin vom 21. Mai 2026](#).

3 Vgl. KOM (2026), [Energy measures to attenuate the impact of the current spike in energy prices](#), Papier der EU-Kommission anlässlich der Sitzung der Eurogruppe am 27. März 2026

2.2. OECD

Die OECD empfiehlt mit Blick auf die Lehren aus der Energiekrise der Jahre 2022/2023, etwaige wirtschaftspolitische Maßnahmen auf einkommensschwache Haushalte sowie stark betroffene, aber lebensfähige Unternehmen zu konzentrieren. So ließen sich die Kosten der öffentlichen Haushalte begrenzen und die Wirkung der Unterstützung maximieren. Außerdem sollten die Maßnahmen befristet ausgestaltet sein oder automatische Auslaufregelungen enthalten, um zu verhindern, dass Unterstützungsmaßnahmen sich verfestigten und übermäßig kostspielig würden. Des Weiteren sei in einer Energieversorgungskrise besonders wichtig, die Preissignale und damit die Anreize zum Energiesparen aufrechtzuerhalten.⁴

2.3. IWF

Anlässlich der diesjährigen Präsentation der IWF-Flaggschiff-Publikation „[Fiscal Monitor](#)“ am 15. April 2026 warnte der Leiter der IWF-Fiskalabteilung, Rodrigo Valdes, vor umfassenden Kraftstoffsubventionen zur Bewältigung des irankriegsbedingten Energieschocks.⁵ Der zentrale Rat des IWF laute, etwaige Unterstützungen auf die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen zu konzentrieren und gleichzeitig die Preissignale zu erhalten, um den Volkswirtschaften bei der Anpassung zu helfen. Breit angelegte Energiesubventionen oder Verbrauchsteuersenkungen seien hingegen nicht das beste Instrument. Sie verzerrten die Preissignale, seien finanzpolitisch kostspielig, wirkten steuerpolitisch regressiv und seien schwer rückgängig zu machen. Außerdem verursachten Preisbegrenzungen internationale Ausstrahlungseffekte, wie folgendes vereinfachendes Beispiel verdeutliche: Wenn das globale Ölangebot kurzfristig begrenzt sei und die Länder, auf die die Hälfte des Verbrauchs entfielen, keine Preisbewegungen zuließen, werde der Preisanstieg auf globaler Ebene doppelt so hoch ausfallen, weil nur die Hälfte des verbleibenden Verbrauchs die gesamte preisliche Anpassung bewältigen müsse. Inländische Politikmaßnahmen zur Preisbegrenzung beeinflussten daher die globalen Preise. Nur, wenn es keine tragfähigen Alternativen gebe, sollten deshalb Maßnahmen in Betracht gezogen werden, die Preissignale abschwächen.

Etwaige Unterstützungen sollten befristet und mit dem fiskalischen Rahmen sowie der Schuldenfähigkeit der jeweiligen Länder vereinbar sein. Außerdem solle die Unterstützung der Schwere des Schocks angepasst sein (vgl. nachfolgende Abbildung 1).

4 Vgl. OECD (2026), [Energy prices are spiking again: New relief measures, old lessons](#).

5 Vgl. im Folgenden IWF (2026), [Press Briefing Transcript: Fiscal Monitor, Spring Meetings 2026](#), sowie <https://www.reuters.com/business/energy/imf-cautions-countries-against-broad-fuel-subsidies-deal-with-war-driven-energy-2026-04-15/>

Pecking Order of Fiscal Support Measures

	For Households	For Firms
	Expand existing programs focused on vulnerable	
	Targeted, temporary (lump sum) ease of regulated tariffs of basic goods	Partially compensate affected firms for regulated tariffs
	One-off cash transfers, incl. affected middle-class	
	Smooth energy bills or temporary bill discounts with significant initial adjustment	Temporary government-guaranteed loans for viable firms
	If food security at risk or limited SSN: price subsidies (price caps or reduced taxes) with sunset clauses and initial adjustment	Temporary credit lines; Deferrals of tax and social security payments
	If certain specific conditions apply, price subsidy to smooth inflation	

Abbildung 1: Rangfolge von Unterstützungsmaßnahmen bei Energiepreisschocks nach Empfehlung des IWF, Quelle: [IWF \(2026\), Fiscal Monitor Press Conference](#)

3. Wirtschaftspolitische Maßnahmen in den EU-Mitgliedstaaten

Im Folgenden werden die ergriffenen bzw. geplanten Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten beschrieben. Auf die Freigabe staatlicher Ölreserven⁶ wird dabei nicht eingegangen. Die Informationen beruhen teilweise auf Darstellungen aus den Parlamenten der einzelnen Länder.

3.1. Belgien

Vor dem Jahr 1974 galt in Belgien ein starrer Preismechanismus für Kraftstoffe, der für jede Preisänderung die Zustimmung eines Preisausschusses erforderte. Während der Ölkrise im Jahr 1973 führte dieses Verfahren zu einem Unterschied der Notierungen für Erdölprodukte auf den internationalen Märkten und den Verkaufspreisen in Belgien, was die Versorgung des Landes gefährdete. In Reaktion hierauf führte Belgien im Jahr 1974 ein System staatlich festgelegter

6 Vgl. <https://www.iea.org/news/iea-member-countries-to-carry-out-largest-ever-oil-stock-release-amid-market-disruptions-from-middle-east-conflict>.

Höchstpreise für Erdölerzeugnisse (Benzin, Diesel, Heizöl, Flüssiggas etc.) ein.⁷ Das belgische Wirtschaftsministerium berechnet diese Höchstpreise täglich nach einer sog. Programmvereinbarung, die die belgische Regierung mit dem Branchenverband [Energia](#) geschlossen hat. Ziel ist, die Schwankungen der Notierungen von Erdölerzeugnissen auf den internationalen Märkten automatisch in einen Höchstpreis „an der Zapfsäule“ zu übersetzen.

Ausgangspunkt der Höchstpreisberechnungen sind demnach die durchschnittlichen Notierungen des jeweiligen raffinierten Produktes⁸ der letzten sieben Tage⁹ auf den Energiemärkten von Rotterdam gemäß den entsprechenden Preisangaben des Branchendienstes [Argus](#). Hinzu kommt eine maximale Bruttovertriebsmarge, die den Minerölunternehmen gewährt wird. Diese Marge, die im Oktober und April jedes Jahres angepasst wird, deckt die Vertriebs- und Logistikkosten für die Lieferung des Produktes an den Endverbraucher ab.¹⁰ Des Weiteren gehen gesetzliche Beiträge zur Finanzierung der strategischen Lagerreserven Belgiens, eines Bodensanierungsfonds für Tankstellen sowie (für bestimmte Produkte) zur Finanzierung von Subventionen der Heizkosten von Familien mit geringerem Einkommen sowie Verbrauchs- und Mehrwertsteuern in die Höchstpreisberechnung ein.

Nachfolgende Abbildung zeigt die vorgenannten Preisbestandteile für den am 5. Mai 2026 festgesetzten Höchstpreis für Benzin.

7 Vgl. – auch im Folgenden – belgisches Wirtschaftsministerium (2025), Höchstpreise für Erdölerzeugnisse, <https://economie.fgov.be/de/themen/energie/energiepreise/hoechstpreise-fuer>.

8 Nach Auskunft des belgischen Parlaments werden in die Preisberechnungen die Preise für die einzelnen raffinierten Produkte und nicht die Preise für Rohöl ein.

9 Vgl. <https://www.mobilityenergy.be/fr/station/2026/03/lindustrie-tire-la-sonnette-dalarme-les-prix-maximums-sont-insoutenables/>.

10 Die aktuelle Formel zur Berechnung der Marge kann [hier](#) angesehen werden (in französischer Sprache).

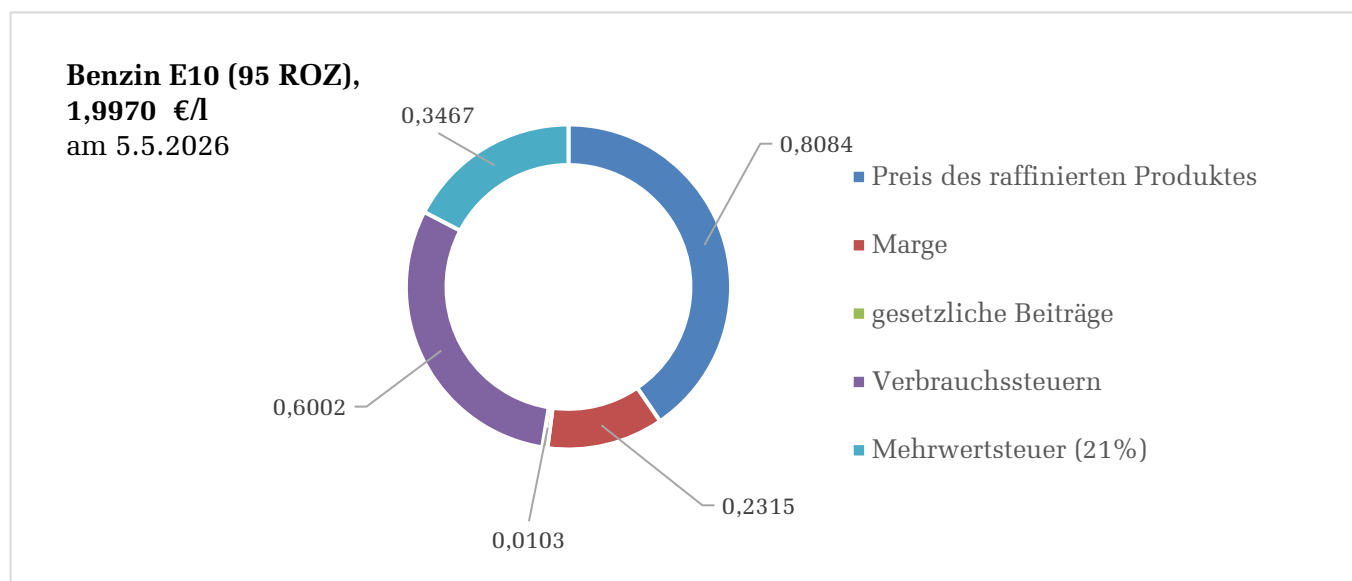


Abbildung 2: Zusammensetzung des Höchstpreises für Benzin (E10) am 5. Mai 2026, Quellen: <https://www.energiafed.be/nl/maximumprijzen>, eigene Darstellung

Branchenvertreter sehen das System derzeit unter Druck:¹¹ Infolge der Spannungen im Nahen Osten seien die internationalen Großhandelspreise deutlich stärker gestiegen als der Sieben-Tage-Durchschnitt, der in die Berechnung der Höchstpreise eingehe. Dies und ein Korrekturmechanismus, der dazu diene, starke Preisanstiege abzufedern (sog. K-Faktor), treibe Händler und Tankstellen in Verlustpositionen und gefährde langfristig die Versorgung. Seit Beginn des Konflikts hätten die Unternehmen laut Branchenvertretern bereits 100 Mio. Euro „vorfinanziert“. Vor diesem Hintergrund fordern Branchenvertreter die Abschaffung oder Anpassung des K-Faktors sowie den Ersatz der starren Höchstpreise durch flexiblere Orientierungspreise oder marktnahe Mechanismen, um die Preise wieder an internationale Marktbedingungen anzunähern und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Die vorgenannte Branchenkritik am belgischen Höchstpreissystem wurde bereits im März 2022 vorgetragen: Als infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine die Kraftstoffpreise sprunghaft gestiegen waren, hätten Tankstellen infolge der Höchstpreisregelung mit Verlust gewirtschaftet, da sie Kraftstoffe bis zu 16 Ct/l über dem festgelegten Höchstpreis hätten einkaufen müssen.¹²

3.2. Bulgarien

In Bulgarien wurden monatliche Ausgleichszahlungen für Unternehmen infolge hoher Strompreise eingeführt, soweit diese Preise einen bestimmten Schwellenwert überschreiten.

11 Vgl. im Folgenden <https://www.belganewsagency.eu/middle-east-conflict-puts-belgiums-fuel-price-cap-system-under-pressure>, <https://www.mobilityenergy.be/fr/station/2026/03/lindustrie-tire-la-sonnette-dalarme-les-prix-maximums-sont-insoutenables/> sowie <https://www.aa.com.tr/en/europe/belgium-fuel-price-cap-system-under-strain-amid-mideast-tensions-industry-representatives-warn/3878884>.

12 Vgl. <https://www.brusselstimes.com/209844/petrol-stations-unable-to-make-profit-due-to-price-controls>.

Einkommensschwache Personen, die ein Kraftfahrzeug besitzen, erhalten monatliche Beihilfen in Höhe von 20 Euro zum Ausgleich hoher Kraftstoffpreise. Betreiber des öffentlichen Personennahverkehrs erhalten Beihilfen auf Stadt- und Überlandbuslinien in Bergregionen und anderen Gebieten sowie für Schulbusbetreiber zum Ausgleich gestiegener Kraftstoffpreise. Für Unternehmen des Transportgewerbes wurden staatliche Beihilfen bei der EU-Kommission beantragt. Die geplante Erhöhung der Maut wurde verschoben.¹³

3.3. Dänemark

Dänemark hat bisher keine wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergriffen¹⁴, aber an seine Bürger appelliert, Energie zu sparen und das Auto nach Möglichkeit nicht zu nutzen.¹⁵

3.4. Deutschland

In Deutschland wurden die Verbrauchsteuern auf Benzin und Diesel (Energiesteuer) vom 1. Mai bis 30. Juni 2026 um 14,04 ct/l gesenkt. Für Diesel wurde die Steuer damit so weit gesenkt, wie es nach Europarecht erlaubt ist.¹⁶

Außerdem dürfen Kraftstoffpreise an Tankstellen seit dem 1. April 2026 auf Grundlage des [Kraftstoffpreisanpassungsgesetzes](#) nur einmal pro Tag um 12:00 Uhr mittags erhöht werden. Preissenkungen sind jederzeit zulässig.

Des Weiteren wurden die Befugnisse des Bundeskartellamts mit [Änderungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen](#) gestärkt. Damit kann das Bundeskartellamt nun gegen missbräuchliche Preiserhöhungen bei Kraftstoffen einfacher und schärfer vorgehen.¹⁷

13 Vgl. Auskunft des bulgarischen Parlaments.

14 Vgl. <https://www.iea.org/data-and-statistics/data-tools/2026-energy-crisis-policy-response-tracker> sowie <https://www.oecd.org/en/data/tools/oecd-energy-support-measures-tracker.html>.

15 Vgl. <https://www.cnbc.com/2026/03/12/us-iran-war-danes-energy-driving-oil-prices-spike.html?msockid=15461af98d606cee00560f2b8c1e6daf>.

16 Vgl. <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/FAQ/energiesteuersenkung.html>.

17 Vgl. [Gesetz zur Einführung eines Gesetzes zur Anpassung von Kraftstoffpreisen und zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen \(Kraftstoffmaßnahmenpaket\)](#) vom 31. März 2026.

3.5. Estland

Auf Vorschlag der estnischen Regierung hat das dortige Parlament am 15. April 2026 auf eine ab Mai 2026 geplante Erhöhung der Verbrauchssteuern auf Kraftstoffe, Heizöl, Gas, Strom, Alkohol und Tabak verzichtet.¹⁸

3.6. Finnland

In Finnland wurden nach Auskunft des finnischen Parlaments vom 9. April 2026 bisher keine Maßnahmen beschlossen.

3.7. Frankreich

Der französische Premierminister, Sébastien Lecornu, hat am 21. April 2026 die Einführung einer Unterstützungsmaßnahme für PKW-Vielfahrer mit geringerem Einkommen angekündigt.¹⁹ Dabei soll es sich um eine Pauschalbeihilfe in Höhe von 50 Euro für Personen handeln, deren steuerpflichtiges Einkommen unter dem Medianeinkommen liegt, und die mit dem PKW zwischen Wohnort und Arbeitsplatz mindestens 15 Kilometer zurücklegen. Etwa drei Millionen Menschen würden von dieser Beihilfe profitieren.

Des Weiteren sollen die sektoralen Energiebeihilfen für Unternehmen der Landwirtschaft, der Fischerei und des Transportgewerbes für den Monat Mai aufgestockt bzw. verlängert werden.

Der französische Energiekonzern TotalEnergies hat seit dem 13. März 2026 die Kraftstoffpreise an seinen rd. 3.300 französischen Tankstellen gedeckelt, und zwar auf maximal 1,99 €/l für Benzin und 2,09 €/l für Diesel.²⁰ Anfang April wurde der Preisdeckel für Diesel auf 2,25 €/l angehoben. Am 30. April 2026 hat das Unternehmen bekannt gegeben, die Preisdeckel für Diesel und Benzin für die Dauer der Krise im Nahen Osten in den genannten Höhen beizubehalten.

3.8. Griechenland

Griechenland hat eine gesetzliche Obergrenze für Preisaufschläge bei Kraftstoffen („cap on fuel profit margins“) eingeführt.²¹ Für Unternehmen, die Tankstellen beliefern, ist der Preisaufschlag

18 Vgl. <https://www.riigikogu.ee/tegevus/eelnoud/eelnou/3fb786a0-57b3-4e19-a407-2c5004a8f1e9/alkoholi--tubaka--kutuse--ja-elektriaktsiisi-seaduse-ning-teiste-seaduste-muutmise-seaduse-rt-i-14.12.2021-1-ja-alkoholi--tubaka--kutuse--ja-elektriaktsiisi-seaduse-ning-teiste-seaduste-muutmise-seaduse-rt-i-02.01.2025-1-muutmise-seadus-2026.-aasta-1.-maiks-kavandatud-aktsiisitousude-arajatmine/> (in Estnisch).

19 Vgl. im Folgenden Auskunft der Assemblée Nationale vom 22. April 2026.

20 Vgl. Reuters (2026), Ölkonzern TotalEnergies deckelt Spritpreise in Frankreich, Agenturmeldung vom 12. März 2026.

21 Vgl. im Folgenden Auskunft des griechischen Parlaments sowie <https://www.ekathimerini.com/economy/energy/1300252/greece-launches-fuel-pass-subsidy-to-ease-rising-energy-costs/>, <https://www.ekathimerini.com/economy/1298947/govt-elaborates-on-support-measures/> sowie <https://www.reuters.com/business/retail-consumer/greece-cap-profit-margins-fuel-supermarkets-pm-says-2026-03-11/>.

auf den Einkaufspreis für Benzin und Diesel auf 5 ct/l begrenzt. Tankstellen dürfen maximal 12 ct/l auf ihren Einkaufspreis aufschlagen.

Auch für den Verkauf von Lebensmitteln des täglichen Bedarfs wurde eine Preisobergrenze eingeführt: Die Bruttogewinnmarge für diese Produkte darf nicht höher als im Jahr 2025 liegen.

Des Weiteren wird Dieselmotorkraftstoff an Tankstellen mit 20 ct/l subventioniert. Bürgerinnen und Bürger, die einen PKW oder ein Motorrad besitzen, werden außerdem mit einem Tankgutschein („fuel pass“) unterstützt, der über eine digitale Karte gewährt wird und der an Tankstellen, im ÖPNV und in Taxis genutzt werden. Für PKW-Besitzer beträgt die Subvention 60 Euro in Inselregionen und 50 Euro im übrigen Griechenland, für Besitzer von Motorrädern 35 bzw. 30 Euro. Anspruchsberechtigt sind Einzelpersonen mit einem maximalen Jahreseinkommen von 25.000 Euro sowie Ehepaare (35.000 Euro, zuzüglich 5.000 Euro/Kind). Die vorgenannten Subventionen sind für die Monate April und Mai 2026 befristet.

Ferner wurde ein bis Ende Mai 2026 befristeter Düngemittelzuschuss in Höhe von 15 % des Rechnungspreises eingeführt.

3.9. Irland

Irland hat Ende März 2026 die Verbrauchsteuern auf Kraftstoffe bis Ende Juli gesenkt.²² Außerdem wurden die Mineralölsteuersätze für Benzin, Diesel und Heizöl gesenkt, die für Mai 2026 geplante Erhöhung der CO₂-Steuer auf Oktober 2026 verschoben sowie ein Programm zur Subventionierung von Treibstoffen für Landwirtschaft und Fischerei eingeführt.²³

3.10. Italien

Die italienische Regierung hat mit Inkrafttreten zum 19. März 2026 einen sog. „Anti-Spekulations-Mechanismus“ beschlossen. Ziel ist es, Kraftstoffpreise von Mineralölkonzernen und Tankstellenbetreibern an die Preisentwicklung der Rohölpreise auf dem Weltmarkt zu koppeln.²⁴ Damit würden nach Aussage von Italiens Ministerpräsidentin Georgia Meloni „ungerechtfertigte Preiserhöhungen sofort gestoppt“ und sichergestellt, dass Ölkonzerne und Tankstellenbetreiber sinkende Ölpreise weitergeben.²⁵

22 Vgl. AFP (2026), Irland senkt Steuern auf Benzin und Diesel, Agenturmeldung vom 24. März 2026, <https://nachrichten.btg/index.php/news/perma/ID/6ac21c01efdd094dc81ebd60124a9aca/type/tnews/highlighting/1>

23 Vgl. Eingangsstatement von Premierminister Micheál Martin vom 12. April 2026 anlässlich einer Pressekonferenz, <https://www.gov.ie/en/department-of-the-aoiseach/speeches/opening-remarks-of-aoiseach-miche%C3%A1l-martin-press-conference-government-buildings-sunday-12th-april-2026/>.

24 Vgl. AFP (2026), Italiens Regierung beschließt per Dekret deutliche Senkung der Spritpreise, Agenturmeldung vom 18. März 2026, <https://nachrichten.btg/index.php/news/perma/ID/3ee16f3eaf3e40bb91b85e8b21b090b0/type/tnews/highlighting/1>

25 Vgl. Ebda.

Anti-Spekulations-Mechanismus in Italien

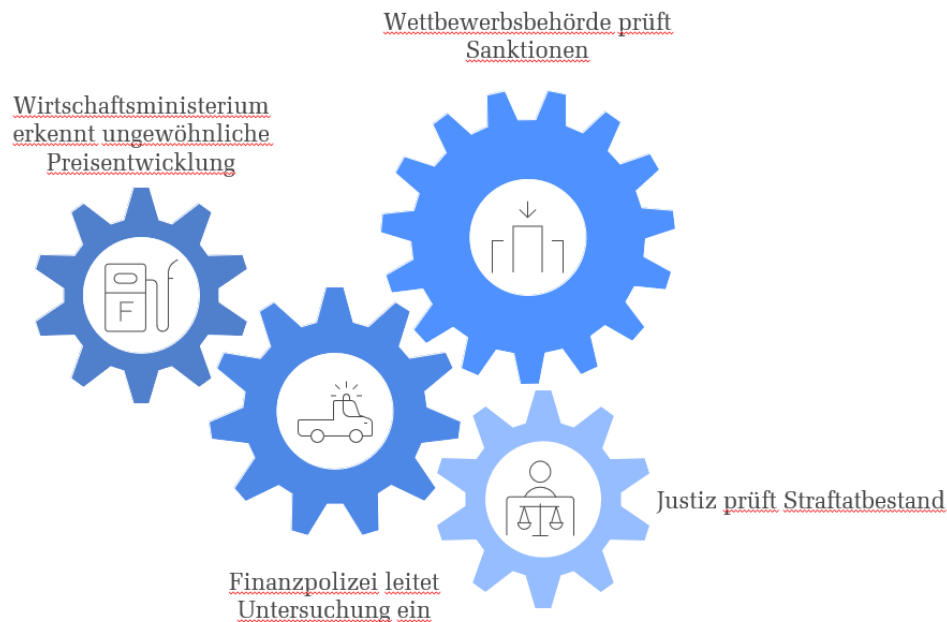


Abbildung 3: Anti-Spekulations-Mechanismus in Italien; Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage von Art. 1 des Dekretgesetzes 33/2026

Der Mechanismus sieht die Einrichtung eines beim italienischen Wirtschaftsministerium angesiedelten Überwachungssystems vor, das ungewöhnliche und plötzliche Preisanstiege an Zapfsäulen im Vergleich zu internationalen Referenzpreisen erkennt.²⁶ Bei Auffälligkeiten wird die italienische Finanzpolizei (Guardia di Finanza) informiert. Diese leitet Untersuchungen zu Kosten und Preisen entlang der Lieferkette ein und leitet ihre Ergebnisse an die italienische Wettbewerbsbehörde zur Prüfung bzw. Einleitung möglicher Sanktionen und an die Justiz zur Prüfung des Straftatbestands spekulativer Warengeschäfte nach [Art. 501 b des italienischen Strafgesetzbuches](#) weiter.

26 Vgl. im Folgenden Artikel 1 „Prävention und Bekämpfung von Treibstoffspekulation“ des [Dekretgesetzes Nr. 33/2026 vom 18. März 2026, Dringende Bestimmungen zu Ölpreisen im Zusammenhang mit internationalen Marktkrisen](#) (in italienischer Sprache). Sog. Dekretgesetze können in Italien von der Regierung in dringlichen Fällen beschlossen werden und nach wenigen Stunden in Kraft treten, müssen aber im Anschluss innerhalb von 60 Tagen vom Parlament bestätigt werden, um wirksam zu bleiben. Dies ist vorliegend nach Auskunft des italienischen Parlaments am 12. Mai 2026 erfolgt.

Des Weiteren hat Italien seit dem 19. März 2026 die Verbrauchssteuern auf Kraftstoffe gesenkt.²⁷ Diese befristete Maßnahme wurde seither wiederholt verlängert, zuletzt Ende April 2026 für weitere 20 Tage.²⁸

Des Weiteren wurden Steuererleichterungen für Speditionen, den Fischereisektor sowie für landwirtschaftliche Betriebe auf den Weg gebracht.²⁹

Überdies wurde Anfang April 2026 aufgrund sich verschärfender Versorgungsengpässe Kerosin an vier italienischen Flughäfen rationiert.³⁰

3.11. Kroatien

Kroatien hat seit dem 10. März 2026 wiederholt Verordnungen zur Festlegung von Höchstpreisen für Erdölprodukte für die Geltungsdauer von 2 Wochen erlassen³¹, zuletzt am 18. Mai 2026.³² Grundlage der entsprechenden Höchstpreisberechnungen sind die jeweiligen Preiseentwicklungen fossiler Brennstoffe der vorangegangenen 14 Tage zuzüglich produktspezifische Aufschläge (Margen) in Höhe von 15,45 ct/l für Benzin und 10,45 ct/l für Diesel.³³

Außerdem wurden die Verbrauchsteuern auf Kraftstoffe wiederholt gesenkt, für Diesel auf das europarechtlich zulässige Minimum.³⁴

27 Vgl. Artikel 2 „Verbrauchsteuermaßnahmen“ des [Dekretgesetzes Nr. 33 vom 18. März 2026, Dringende Bestimmungen zu Ölpreisen im Zusammenhang mit internationalen Marktkrisen](#) (in italienischer Sprache) sowie <https://www.tagesspiegel.de/internationales/25-cent-weniger-pro-liter-italiens-regierung-beschliesst-per-dekret-deutliche-senkung-der-spritpreise-15375082.html>.

28 Vgl. <https://www.reuters.com/sustainability/boards-policy-regulation/italy-extend-excise-duty-cut-fuels-economy-minister-says-2026-04-30/>

29 Vgl. Finanzministerium Italien (2026), [Pressemitteilung vom 3. April 2026](#), „Steigende Kraftstoffpreise, Giorgetti: Komplizierte geopolitische Lage, Senkung der Verbrauchssteuer bis zum 1. Mai verlängert, Dringende Maßnahmen zur Unterstützung von Bürgern und Unternehmen beschlossen“ (in italienischer Sprache), <https://www.reuters.com/sustainability/boards-policy-regulation/italy-drafting-urgent-measures-cut-fuel-prices-deputy-pm-says-2026-03-18/>, <https://www.iea.org/data-and-statistics/data-tools/2026-energy-crisis-policy-response-tracker> sowie Artikel 3 und 4 des [Dekretgesetzes Nr. 33 vom 18. März 2026, Dringende Bestimmungen zu Ölpreisen im Zusammenhang mit internationalen Marktkrisen](#) (in italienischer Sprache).

30 Vgl. <https://www.visahq.com/fr/news/2026-04-06/it/jet-fuel-rationing-hits-four-major-italian-airports-as-supply-squeeze-deepens/>

31 Vgl. https://www.croatiaweek.com/croatia-fuel-price-caps-iran-war-oil-market/#google_vignette.

32 Vgl. Ministerium für Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung in Kroatien (2026), Der Dieselpreis sinkt ab morgen, der Benzinpreis bleibt unverändert, Mitteilung vom 18. Mai 2026 (in kroatischer Sprache).

33 Vgl. Ebda.

34 Vgl. Ebda.

Des Weiteren wurden bereits bestehende Strompreissubventionen für private Haushalte fortgesetzt sowie Förderungen für Solaranlagen, Batteriespeicher und Wärmepumpen auf den Weg gebracht.³⁵

3.12. Lettland

Am 26. März 2026 hat Lettland die Verbrauchssteuer auf Dieselmotorkraftstoff sowie für sog. Agrardiesel vom 1. April bis 30. Juni 2026 gesenkt.³⁶

Am 23. April 2026 begann das lettische Parlament mit der Beratung eines Gesetzes über die Solidaritätsabgabe für Kraftstoffhändler. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass, wenn der von einem Kraftstoffhändler festgelegte Preis den berechneten Richtpreis um 3 % übersteigt, der über dieser Schwelle liegende Umsatzbetrag mit einem Satz von 100 % in die Bemessungsgrundlage für die Solidaritätsabgabe einfließt. Das Gesetz wurde zur Prüfung an den Haushalts- und Finanzausschuss verwiesen. Es ist vorgesehen, dass die Solidaritätsabgabe als vorübergehender Mechanismus dient, der in Fällen zur Anwendung kommt, in denen der Kraftstoffverkaufspreis die Preisänderungen bei Erdölprodukten auf den Weltmärkten deutlich übersteigt, um so die mit dem Anstieg der Kraftstoffpreise verbundenen Auswirkungen auf die Wirtschaft abzumildern. Derzeit ist vorgesehen, dass das Gesetz nach seiner Verkündung bis zum 31. Dezember dieses Jahres in Kraft bleibt.³⁷

3.13. Litauen

Das staatliche litauische Eisenbahnunternehmen *UAB LTG Link* hat vom 1. April bis 31. Mai 2028 die Preise für Bahnfahrkarten um 50% reduziert.³⁸

Die Verbrauchsteuern auf Dieselmotorkraftstoff wurden von Mitte April bis Mitte Juni 2026 um 10% bzw. auf sog. Agrardiesel für den Landwirtschafts- und Fischereisektor um rd. 80% gesenkt. Die Finanzierung dieser Maßnahme erfolgt aufkommensneutral durch eine entsprechende Anhebung der Mehrwertsteuer.

Der litauische Energieminister hat gesetzliche Maßnahmen angekündigt, nach denen Tankstellen künftig ihre Kraftstoffpreise nur noch einmal täglich anheben dürfen.

3.14. Luxemburg

In Luxemburg gibt es derzeit keine Pläne, die Besteuerung von Kraftstoffen zu senken. Darüber hinaus schließen die Behörden Preisobergrenzen für Benzin oder Diesel ausdrücklich aus. Auch

35 Vgl. <https://www.pv-magazine.com/2026/03/26/croatia-to-invest-e40-million-in-household-solar-batteries-heat-pumps/>

36 Vgl. <https://saeima.lv/en/news/saeima-news/35664-saeima-reduces-excise-duty-on-diesel-fuel-for-3-months>

37 Auskunft des lettischen Parlaments vom 28. April 2026.

38 Vgl. im Folgenden Auskunft des litauischen Parlaments vom 20. April 2026.

wurden keine spezifischen Subventionen oder Ausgleichszahlungen im Zusammenhang mit der aktuellen Krise eingeführt.³⁹

3.15. Malta

Malta subventioniert seit Juni 2020 Kraftstoffe, um die Preise für Diesel und Benzin bei 1,21 bzw. 1,34 Euro/l zu fixieren.⁴⁰

3.16. Niederlande

Die Niederlande verzichten auf etwaige Reduktionen der Verbrauchbesteuerung von Benzin oder Diesel, da nach Analyse eines Wirtschaftsforschungsinstitutes derartige Maßnahmen nicht zielgenau seien.⁴¹ Die Regierung beabsichtigt stattdessen, den steuerfreien, vom Verkehrsmittel unabhängigen Fahrtkostenzuschuss von 23 auf 25 ct/km dauerhaft anzuheben.⁴² Zudem sollen LKWs von der KfZ-Steuer von Juli bis Ende 2026 vollständig und Unternehmen zur Hälfte befreit werden. Des Weiteren sollen Haushalte mit geringem Einkommen Hilfen aus einem Energie-Notfall-Fonds beantragen sowie einen Zuschuss für den Kauf eines Elektroautos erhalten können, sofern sie ihr altes Verbrenner-Auto verschrotten lassen. Kommunen sollen zusätzliche Mittel für die Energieeffizienzberatung ihrer Bürger erhalten. Wohneigentümer sollen zinsvergünstigte Kredite erhalten, um ihre Häuser nachhaltiger zu machen. Fischer sollen Mittel für Energieeffizienzmaßnahmen erhalten. Der Landwirtschaftssektor soll zusätzliche Subventionen mit dem Ziel erhalten, weniger abhängig von Energie und Dünger zu werden.

3.17. Österreich

Die Regierung Österreichs hat am 11. März 2026 eine Anpassung der Spritpreis-Verordnung beschlossen, so dass Tankstellen nur noch dreimal wöchentlich Preissteigerungen erlaubt sind.⁴³

Weitere Beschlüsse der Regierung, für die nach einer [Analyse](#) des Budgetdienstes des Österreichischen Parlaments vom 25. März 2026 noch gesetzliche Grundlagen geschaffen werden müssen, umfassen eine befristete Senkung der Mineralölsteuer und eine Begrenzung der Margen im

39 Auskunft des luxemburgischen Parlaments vom 28. April 2026.

40 Vgl. <https://www.italpress.com/malta-to-keep-energy-subsidies-despite-iran-war/> sowie KOM (2026), [Weekly Oil Bulletin vom 21. Mai 2026](#).

41 Die Analyse des Wirtschaftsforschungsinstitutes findet sich [hier](#) (in niederländischer Sprache).

42 Vgl. im Folgenden Auskunft des niederländischen Parlaments vom 22. April 2026. Bei den nachfolgenden Maßnahmen handele es sich demnach um Vorschläge der niederländischen Regierung, die noch nicht verabschiedet seien und daher noch geändert werden könnten.

43 Vgl. Ministervortrag 44/12 vom 11. März 2026, Stabilisierung der heimischen Energie- und Treibstoffpreise, https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:f05486f7-2232-4e56-ac10-fe72b74e8457/44_12_mrv.pdf

Treibstoffbereich entlang der Wertschöpfungskette.⁴⁴ Der Nationalrat hat hierzu am 25. März 2026 zwei Anträge beschlossen, die diese Vorhaben unterstützen.⁴⁵

3.18. Polen

Polen hat Anfang April 2026 tägliche Höchstpreise für Kraftstoffe eingeführt, die durch das Energieministerium berechnet und verkündet werden. In die Höchstpreisberechnung gehen die durchschnittlichen Großhandelspreise des Vortags (berechnet auf Grundlage der Preise der fünf größten Erzeuger oder Händler in Polen), Verbrauchsteuern, Kraftstoffgebühren sowie eine fixe Marge zur Deckung der Betriebskosten von umgerechnet 7,1 ct/l ein.⁴⁶ Tankstellenbetreiber, die die Höchstpreise missachten, müssen mit einer Strafe in Höhe von umgerechnet rd. 233.000 Euro rechnen.⁴⁷

Außerdem wurden für den Zeitraum vom 30. März bis 30. Juni 2026 für Kraftstoffe die Mehrwertsteuer von 23 % auf 8 % sowie die Verbrauchsteuer auf das europarechtliche Minimum gesenkt.⁴⁸

3.19. Portugal

In Portugal wird eine spezielle Verbrauchssteuer für Benzin und Diesel (ISP) gesenkt, wenn die Preise für Benzin und Diesel im Vergleich zur Woche vom 2. bis 6. März 2026 um mehr als 10 ct/l gestiegen sind. Entsprechende Anpassungen auf Grundlage der Preisentwicklungen finden wöchentlich statt.⁴⁹ Außerdem wird Dieselmotorkraftstoff im Zeitraum vom 1. April bis 30. Juni 2026 für die Sektoren Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur in Höhe von 10 ct/l (zusätzlich zu den bestehenden Subventionen für Agrardiesel) gefördert. Für Taxibetriebe, Feuerwehren und Ambulanzen wird diese Subvention sowohl für Diesel wie auch Benzin gewährt. Soziale Einrichtungen erhalten einen einmaligen Pauschalbetrag in Höhe von 600 Euro. Ferner werden Unternehmen über die portugiesische Entwicklungsbank Zinssubventionen für Kredite

44 Vgl. Ministervortrag 45/9 vom 18. März 2026, Maßnahmen der Regierung auf Grund der aktuellen geopolitischen Krisen: Inflationsschock verhindern, Treibstoffpreissteigerungen dämpfen und außerordentlichen Einnahmen verhindern, https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:d8bbe4c8-bad0-45fe-9dec-13857049f590/45_9_mrv.pdf.

45 Der [Initiativantrag 764/A](#) sieht die Schaffung einer bis Jahresende befristeten Verordnungsermächtigung für die Bundesregierung zur Begrenzung der Margen im Treibstoffbereich entlang der Wertschöpfungskette vor. Der [Initiativantrag 763/A](#) zielt auf eine bis Jahresende befristete Verordnungsermächtigung für den Bundesminister für Finanzen zur Senkung der Mineralölsteuersätze.

46 Vgl. Änderung des Gesetzes über die Reserven an Rohöl, Erdölprodukten und Erdgas sowie der Verhaltensregeln in Situationen, in denen die Brennstoffversorgungssicherheit des Staates bedroht ist und Störungen auf dem Ölmarkt auftreten, und des Gesetzes über die nationale Finanzverwaltung vom 27. März 2026, https://orka.sejm.gov.pl/proc10.nsf/ustawy/2389_u.htm (in polnischer Sprache).

47 Vgl. <https://www.aa.com.tr/en/europe/poland-caps-fuel-prices-cuts-vat-to-ease-inflation-amid-global-oil-surge/3885479>

48 Vgl. Auskunft des polnischen Parlaments (Sejm) vom 17. April 2026 sowie <https://www.aa.com.tr/en/europe/poland-caps-fuel-prices-cuts-vat-to-ease-inflation-amid-global-oil-surge/3885479>.

49 Vgl. Verordnungen vom [6. März](#), [13. März](#) und [20 März](#) 2026 (in portugiesischer Sprache):

angeboten. Einkommensschwache Haushalte erhalten Beihilfen für abgefülltes Flüssiggas (LPG) in Höhe von 15 Euro pro Behälter für bis zu 2 Behälter pro Monat und maximal 12 Behälter pro Jahr.⁵⁰ Außerdem ist es in Portugal Energieversorgern fortan untersagt, die Strom- oder Gasversorgung eines Verbrauchers zu unterbrechen, wenn es zu Streitigkeiten über die Abrechnung kommt.

3.20. Rumänien

Rumänien hat für den Zeitraum vom 1. April bis 30. Juni 2026 die Marge für Benzin und Diesel im Bereich Raffination sowie Groß- und Einzelhandel entlang der gesamten Wertschöpfungskette auf höchstens 50% der Marge des Jahres 2025 begrenzt.⁵¹ Außerdem wurden die Verbrauchsteuern auf Diesel vom 7. April bis zum 30. Juni 2026 gesenkt (um 0,3 Ron /l auf 2,5 Ron/l)⁵² und der Export von Diesel und Rohöl eingeschränkt⁵³. Ferner wird vom 1. April bis zum 30. Juni 2026 ein sog. Solidaritätsbeitrag auf die Erlöse aus der Förderung, dem Handel und der Verarbeitung von in Rumänien gefördertem Rohöl erhoben. Der Solidaritätsbeitrag wird erhoben, sofern der monatliche Durchschnittspreis für Rohöl der Sorte Brent den Wert von 70 US-Dollar/Barrel übersteigt.⁵⁴ Unternehmen des Straßentransportgewerbes erhalten außerdem zusätzliche Beihilfen in Höhe von 0,85 Ron/l für den Zeitraum von April bis Dezember 2026. Die Geltungsdauer der seit 2022 geltenden Preisobergrenze für Gas wurde von Ende März 2026 bis Ende April 2027 verlängert.⁵⁵

3.21. Schweden

Schweden hat die Verbrauchsteuern für Benzin und Diesel für den Zeitraum vom 1. Mai bis 30. September 2026 auf das EU-Mindestniveau gesenkt. Bei der Europäischen Kommission wurde beantragt, die Steuern auf Benzin und Diesel unter das EU-Mindestniveau senken zu dürfen, um im Jahr 2026 bei Bedarf weitere Senkungen für fünf Monate zu ermöglichen.⁵⁶ Des Weiteren beabsichtigt die Regierung, Haushalten Strom- und Gaszuschüsse für die Monate Januar und

50 Vgl. Auskunft des portugiesischen Parlaments vom 14. April 2026 sowie <https://www.oecd.org/en/data/tools/oecd-energy-support-measures-tracker.html>.

51 Vgl. Artikel 3 der [Notverordnung Nr. 19/2026 des rumänischen Ministerpräsidenten vom 26. März 2026](#) (in rumänischer Sprache).

52 Vgl. Artikel 1 der [Eilverordnung Nr. 24/2026 des rumänischen Ministerpräsidenten vom 3. April 2026](#) (in rumänischer Sprache).

53 Vgl. Artikel 4 der [Notverordnung Nr. 19/2026 des rumänischen Ministerpräsidenten vom 26. März 2026](#) (in rumänischer Sprache).

54 Für Unternehmen, die Rohöl aus Lagerstätten auf dem Gebiet Rumäniens fördern und Einnahmen aus dessen Verkauf erzielen, beträgt der Solidaritätsbeitrag 60% der Verkaufserlöse. Für weiterverarbeitetes rumänisches Öl richtet sich die Höhe des Solidaritätsbeitrags nach dem monatlichen Durchschnittspreis für Rohöl und liegt zwischen 1,5% und 9,9% des Verkaufserlöses. Vgl. Artikel 2 der [Eilverordnung Nr. 24/2026 des rumänischen Ministerpräsidenten vom 3. April 2026](#) (in rumänischer Sprache).

55 Vgl. <https://www.oecd.org/en/data/tools/oecd-energy-support-measures-tracker.html>

56 Vgl. Schwedische Regierungsbehörden (2026), Unterstützung für Haushalte aufgrund gestiegener Energiepreise, <https://www.regeringen.se/pressmeddelanden/2026/03/stod-till-hushall-till-foljd-av-okade-energipriser/> (in schwedischer Sprache).

Februar 2026 auszuzahlen.⁵⁷ Außerdem wurde die beschleunigte Elektrifizierung des staatlichen Fuhrparks (wie Polizeifahrzeuge, kommunale Dienstfahrzeuge sowie Fuhrparks der Verkehrsverwaltung, Post/Logistik etc) sowie die verstärkte Förderung des Kaufs oder Leasings von Elektrofahrzeugen beschlossen.⁵⁸

3.22. Slowakei

Die Slowakei hat vom 18. März bis 18. April 2026 den Dieserverkauf eingeschränkt. So durfte Diesellostoff nur an Tankstellen in den Kraftstofftank eines Kraftfahrzeugs und in einen tragbaren Behälter zur Lagerung und zum Transport von Diesellostoff mit einem Volumen von höchstens 10 Litern abgegeben werden. Der Dieserverkauf wurde zudem durch die Festlegung einer maximalen finanziellen Obergrenze von 400 Euro für die Betankung eines Kraftfahrzeugs beschränkt.⁵⁹ Außerdem wurde der Export von Diesellostoff für den gleichen vorgenannten Zeitraum beschränkt.⁶⁰

Weiterhin wurde der Preis für Diesellostoff, der an Fahrzeuge mit ausländischem Kennzeichen verkauft wird, an den Durchschnitt der Dieselpreise in Österreich, Tschechien und Polen gekoppelt (der etwa 20 % über dem slowakischen Preis liegt).⁶¹ Nach Auffassung der EU-Kommission ist diese Maßnahme mit dem EU-Recht unvereinbar.⁶²

Die Slowakei hat außerdem die Zuschüsse zu den Energiekosten für das Jahr 2026 verlängert, von denen rund 90 % aller Haushalte profitieren. Diese Unterstützung dient zur Deckung der Kosten für Strom, Erdgas und Heizung.⁶³

3.23. Slowenien

Slowenien hat Preisobergrenzen für Kraftstoffe erneut eingeführt.⁶⁴ Der Endkundenpreis wird nach einer Methode festgelegt, die auf Weltmarktpreisen, dem Euro-Dollar-Wechselkurs, 14-Tage-Durchschnittswerten sowie einer fixen Marge in Höhe von 7,9 ct/l für Benzin und Diesel

57 Vgl. https://www.riksdagen.se/en/news/articles/2026/apr/22/additional-amending-budget-for-2026-reduced-tax/cms1d466b85-c7ef-432b-bdb2-f8ca522180e1en/?utm_source=chatgpt.com

58 Vgl. <https://www.oecd.org/en/data/tools/oecd-energy-support-measures-tracker.html>.

59 Vgl. Slowakische Republik (2026), [Regierungsanordnung vom 18. März 2026, Maßnahmen zur Begrenzung des Diesellostoffverbrauchs während einer Ölkrise](#) (in slowakischer Sprache).

60 Vgl. Ebda.

61 Vgl. <https://www.oecd.org/en/data/tools/oecd-energy-support-measures-tracker.html>.

62 Vgl. <https://www.reuters.com/business/eu-says-slovakias-diesel-sales-restrictions-measures-are-illegal-2026-03-24/>

63 Vgl. <https://www.oecd.org/en/data/tools/oecd-energy-support-measures-tracker.html>.

64 Vgl. <https://www.adac.de/verkehr/tanken-kraftstoff-antrieb/ausland/spritpreise-ausland/>.

basiert.⁶⁵ Im März 2026 hat die Regierung diesen Preisdeckel für Autobahntankstellen aufgehoben (aber für den Rest des Landes beibehalten) und infolge von Tanktourismus Kraftstoffe rationiert, um die Versorgung zu sichern.⁶⁶

Ferner hat die Regierung im März 2026 unbefristet die Verbrauchsteuern auf Diesel und Benzin und Heizöl auf die europarechtlich zulässige Mindesthöhe gesenkt.⁶⁷ Zudem wurden die CO₂-Umweltabgabe und der Beitrag zur Energieeffizienz ausgesetzt.⁶⁸

Außerdem wurde ein staatliches Beihilfeprogramm in Höhe von 90 Millionen Euro auf den Weg geracht, um energieintensive Industriezweige für die hohen Stromkosten in den Jahren 2026 bis 2028 zu entschädigen.

3.24. Spanien

Spanien hat bis zum 30 Juni 2026 befristete Steuerreduzierungen beschlossen: die Mehrwertsteuer auf Strom, Erdgas, Biomasseprodukte (wie Pellets, Brennholz) und Kraftstoffe wurde von 21 % auf 10 % gesenkt.⁶⁹ Außerdem wurden die Stromsteuer von 5 % auf 0,5 %, die CO₂-Steuer auf das europarechtliche Mindestmaß und Verbrauchssteuern auf Benzin und Diesel gesenkt sowie die sog. Stromerzeugungssteuer in Höhe von 7 % ausgesetzt.⁷⁰

Für Unternehmen des Landwirtschafts-, Fischerei- und Transportsektors wird vom 3. März bis 30. Juni 2026 Dieselkraftstoff mit 20 ct/l subventioniert. Landwirte erhalten zudem eine Sonderbeihilfe für Düngemittelkosten.

Für Haushalte mit geringem Einkommen wurden die Heizunterstützungen bis Ende des Jahre 2026 angehoben und der Zugang zu Wasser und Energie garantiert.

Für stromintensive Industrien wurden die Netzentgelte um 80 % reduziert. Außerdem wurden bis Ende 2026 temporäre Flexibilisierungen von Strom- und Gasverträgen erlaubt. So können

65 Vgl. <https://www.oecd.org/en/data/tools/oecd-energy-support-measures-tracker.html> sowie <https://www.gov.si/novice/2022-07-08-vlada-prioritetno-resuje-problematiko-energetske-in-prehranske-draginje/>.

66 Vgl. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/service/slowenien-benzin-und-diesel-an-tankstellen-rationiert-a-14681f90-7164-4c85-817a-ef1bc0d4f3e0>.

67 Vgl. <https://www.gov.si/en/news/2026-03-18-the-government-will-further-reduce-duties-and-mitigate-the-increase-in-the-prices-of-petroleum-products/>.

68 Vgl. <https://www.oecd.org/en/data/tools/oecd-energy-support-measures-tracker.html>.

69 Ende März 2026 hat die EU-Kommission Spanien gewarnt, dass die Senkung der Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe von 21 % auf 10 % nicht mit geltendem EU-Recht vereinbar sei, da die Mehrwertsteuerrichtlinie nicht die Möglichkeit vorsehe, einen ermäßigten Satz auf die Lieferung von Kraftstoff anzuwenden, vgl. <https://de.euronews.com/business/2026/04/08/europaische-union-warnt-spanien-spritsteuer>.

70 Vgl. – auch im Folgenden – Auskunft des spanischen Senats vom 13. April 2026, <https://www.fieldfisher.com/en-es/locations/espana/actualidad/avances-novedades-gas-hidrocarburos> sowie <https://www.oecd.org/en/data/tools/oecd-energy-support-measures-tracker.html>.

Unternehmen mit hohem Gasverbrauch ihren Gasvertrag anpassen, wenn der Gaspreis an zehn aufeinanderfolgenden Tagen auf unter 35 Euro/MWh fällt. In diesem Fall können sie die vertraglich vereinbarte Liefermenge bis zu dreimal reduzieren, zweimal in eine niedrigere Tarifstufe wechseln oder den Vertrag vorübergehend ohne Vertragsstrafe aussetzen.

Für abgefülltes Flüssiggas (LPG) gilt eine Preisobergrenze bis zum 30. Juni 2026. Steigen die Kosten über die Obergrenze hinaus, kann die Differenz zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der üblichen Preisüberprüfungen ausgeglichen werden.

Ferner wurden steuerliche Anreize rückwirkend ab dem 1. Januar 2026 beschlossen, etwa Abzüge beim Erwerb von Elektro- und Brennstoffzellenfahrzeugen sowie für Ladeinfrastruktur und für die Installation von erneuerbaren Eigenverbrauchssystemen (z. B. Solaranlagen).

3.25. Tschechien

Tschechien hat die Verbrauchsteuern auf Diesel gesenkt und seit dem 8. April 2026 Preisobergrenzen für Diesel und Benzin eingeführt, die das Finanzministerium täglich neu berechnet. Grundlage sind die Großhandelspreise der dominanten Anbieter (Čepro, Orlen und MOL) sowie Notierungen an der Rotterdamer Börse zuzüglich einer gedeckelten Marge von zunächst umgerechnet rd. 10 ct/l, die im Mai 2026 auf umgerechnet 12 ct/l erhöht⁷¹ wurde.⁷²

Da die Preisobergrenzen nach starken Anstiegen der Börsenpreise zeitweise unterhalb der Kostengrenze festgesetzt worden seien, hätten kleinere unabhängige Tankstellen zeitweise geschlossen, um Verluste zu vermeiden.⁷³ Außerdem wird berichtet, dass die Maximalpreise allgemein eher hoch ausfielen. Deswegen sei es nur vereinzelt dazu gekommen, dass Tankstellen den Verkauf eingestellt hätten. Auch hätten zahlreiche Tankstellen mit der Einführung der Maximalpreise ihre zuvor niedrigeren Preise an die Obergrenze angehoben. An den Autobahnen seien die Preise infolge der Preisobergrenzen gefallen, während sie an den unabhängigen kleineren Tankstellen in den Städten und auf dem Land gestiegen seien. Zur Einhaltung des Preisdeckels an den Tankstellen werden täglich rd. 50 Kontrollen durchgeführt.⁷⁴

3.26. Ungarn

In Ungarn wurden zum 10. März 2026 staatlich festgelegte Preisobergrenzen für Diesel und Benzin eingeführt. Der Endverbraucherpreis für Benzin bzw. Diesel beträgt seither umgerechnet rd.

71 Vgl. <https://deutsch.radio.cz/benzinpreisregulierung-tschechien-wird-im-mai-fortgefuehrt-8884884>

72 Vgl. im Folgenden <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/tankdeckel-tschechien-100.html> sowie <https://deutsch.radio.cz/regulierung-der-spritpreise-tschechien-wie-wirksam-ist-sie-8883396>.

73 Vgl. Ebda.

74 Vgl. Ebda.

1,66 bzw. 1,72 Euro/l.⁷⁵ Um Versorgungsengpässe zu verhindern, wurden staatliche Öl- und Kraftstoffreserven freigegeben⁷⁶ und der Export von Rohöl, Benzin und Diesel eingeschränkt.⁷⁷ Der Preis gilt nur für Fahrzeuge mit ungarischen Kennzeichen.⁷⁸ Außerdem wurden die Verbrauchsteuern auf Kraftstoffe auf das europäische Mindestniveau⁷⁹ gesenkt.

Nach Auskunft des ungarischen Parlaments vom 8. Mai 2025 beabsichtigt die neue Regierung unter Ministerpräsident Peter Magyar, die vorgenannten noch unter der Vorgängerregierung auf den Weg gebrachten Maßnahmen für die Dauer der Spannungen im Nahen Osten grundsätzlich beizubehalten.

3.27. Zypern

In Zypern wurde die Verbrauchsteuer auf Kraftstoffe von April bis Juni 2026 um 8,33 ct/l gesenkt. Eine geplante Ökosteuer auf Kraftstoffe, die 9 Ct/l betragen hätte, wird ausgesetzt.

Die Mehrwertsteuer auf Strom für Privathaushalte wurde vom 1. Mai 2026 bis zum 31. März 2027 auf 5 % gesenkt. Eine bestehende Strompreissubvention wurde zudem auf Rentner und Alleinerziehende mit geringem Einkommen ausgeweitet.⁸⁰

Bestimmte Lebensmittel (Fleisch, Geflügel und Fisch) werden vom 1. April bis zum 30. September 2026 in die Liste der mehrwertsteuerfreien Waren aufgenommen und ergänzen damit die bereits steuerbefreiten Obst- und Gemüsesorten.

Außerdem wurden die Löhne von Hotel- und Beherbergungsbetrieben im April 2026 zu 30 % subventioniert. Ziel der Maßnahme war es, Hotels zur Wiedereröffnung im April zu bewegen, nachdem der Ausbruch des Krieges in Iran zu zahlreichen Stornierungen geführt hatte. Zusätzlich wird ein weiteres Programm zur Unterstützung von Fluggesellschaften eingeführt, um die Anbindung wichtiger touristischer Märkte zu gewährleisten.

Für den Agrarsektor werden im April und Mai 2026 zwei Förderprogramme aufgelegt, die 15 % der Kosten für Düngemittel und andere landwirtschaftliche Betriebsmittel abdecken.

75 Vgl. § 1 der [Regierungsverordnung Nr. 50/2026 \(III.9\) zum Schutz der Brennstoffversorgung in Ungarn angesichts der internationalen Energiekrise](#) (in ungarischer Sprache).

76 Vgl. Abschnitt 3 der [Regierungsverordnung Nr. 52/2026 \(III. 9.\) über die Notfallverwendung von Sicherheitsvorräten an Erdölprodukten](#).

77 Vgl. Abschnitt 4 der [Regierungsverordnung Nr. 50/2026 \(III.9\)](#).

78 Vgl. Abschnitt 2 der [Regierungsverordnung Nr. 50/2026 \(III.9\)](#).

79 Vgl. <https://telex.hu/english/2026/03/10/hungary-reintroduces-gasoline-price-caps>.

80 Vgl. im Folgenden <https://en.philenews.com/insider/cyprus-100-million-crisis-package-middle-east-measures-2026-live/>

3.28. Tabellarische Zusammenfassung der Maßnahmen in den EU-Mitgliedstaaten

	Maßnahmen zur Eindämmung von Kraftstoffpreisen			gezielte Unterstützung von Haushalten mit geringerem Einkommen	Hilfen für Wirtschaftssektoren	Förderung der Dekarbonisierung	Rationierung / Export-beschränkungen	Sonderabgaben Minerölindustrie
	Preis- und/oder Margengrenzen	Subvention Kraftstoffe	Senkung energiebezogene Steuern und/oder Abgaben					
Belgien	✓	✗	✗	✗	✗	✗	✗	✗
Bulgarien	✗	✗	✓	✓	✓	✗	✗	✗
Dänemark	✗	✗	✗	✗	✗	✗	✗	✗
Deutschland	✗	✗	✓	✗	✗	✗	✗	✗
Estland	✗	✗	✓	✗	✗	✗	✗	✗
Finnland	✗	✗	✗	✗	✗	✗	✗	✗
Frankreich	✗	✓	✗	✓	✓	✗	✗	✗
Griechenland	✓	✓	✗	✓	✓	✗	✗	✗
Irland	✗	✓	✓	✗	✓	✗	✗	✗
Italien	✗	✗	✓	✗	✓	✗	✓	✗
Kroatien	✓	✗	✓	✗	✗	✓	✗	✗
Lettland	✗	✗	✓	✗	✓	✗	✗	✓
Litauen	✗	✗	✓	✗	✓	✓	✗	✗
Luxemburg	✗	✗	✗	✗	✗	✗	✗	✗
Malta	✓	✓	✗	✗	✗	✗	✗	✗
Niederlande	✗	✗	✗	✓	✓	✓	✗	✗
Österreich	✓	✗	✓	✗	✗	✗	✗	✗
Polen	✓	✗	✓	✗	✗	✗	✗	✗
Portugal	✗	✓	✓	✓	✓	✗	✗	✗
Rumänien	✓	✓	✓	✗	✓	✗	✓	✓
Schweden	✗	✗	✓	✗	✗	✓	✗	✗
Slowakei	✗	✗	✗	✗	✗	✗	✓	✗
Slowenien	✓	✗	✓	✗	✓	✗	✓	✗
Spanien	✗	✓	✓	✓	✓	✓	✗	✗
Tschechien	✓	✗	✓	✗	✗	✗	✗	✗
Ungarn	✓	✗	✓	✗	✗	✗	✓	✗
Zypern	✗	✗	✓	✓	✓	✗	✗	✗

Tabelle 1: Wirtschaftspolitische Maßnahmen in der EU27 infolge der Krise in Nahost; Mehrfachnennungen möglich; ✓ = angekündigt und noch nicht umgesetzt, ✓ = umgesetzt, ✗ = keine Maßnahme (nach den vorliegenden Informationen)

4. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

In der EU haben 24 der 27 Mitgliedstaaten Maßnahmen zur Eindämmung der Kraftstoffpreissteigerungen (Steuer- oder Abgabensenkungen, Preis- und/oder Margenbegrenzungen oder Subvention von Kraftstoffen) beschlossen oder geplant. Die häufigste Maßnahme besteht dabei in der Senkung von energiebezogenen Steuern und Abgaben (18 Mitgliedstaaten). Sechs Länder (Belgien, Griechenland, Kroatien, Polen, Rumänien, Slowenien) haben zudem Maßnahmen zur Begrenzung der Margen im Mineralölsektor ergriffen oder planen dies (Österreich). In Belgien, Kroatien, Slowenien und Tschechien gehen diese Margenbegrenzungen in die Berechnung staatlich festgelegter Höchstpreise ein. Überwiegend sind die Maßnahmen zur Eindämmung der Kraftstoffpreise befristet ausgestaltet.

Der IWF rät von Steuer- und Abgabensenkungen sowie der Subvention von Kraftstoffen aufgrund internationaler Ausstrahlungseffekte von diesen Maßnahmen ab: Preisanpassungen infolge des irankriegbedingten geringeren Ölangebotes müssen unter ansonsten gleichen Bedingungen in anderen Weltregionen umso umfassender ausfallen, da es sich beim Markt für Erdöl um einen globalen Markt handelt.

Der Empfehlung von EU-Kommission, OECD und IWF, etwaige Maßnahmen gezielt auf einkommensschwächere Haushalte auszurichten, sind fünf Mitgliedstaaten (Bulgarien, Griechenland, Portugal, Spanien, Zypern) nachgekommen. Weitere zwei Mitgliedstaaten (Frankreich und die Niederlande) planen, dies zu tun.

Maßnahmen zur Förderung der Dekarbonisierung, wie es die EU-Kommission im März 2026 empfohlen hatte, haben Kroatien, Litauen, Schweden und Slowenien ergriffen. Die Niederlande haben entsprechende Maßnahmen angekündigt.
